



Niederschrift über die 25. Sitzung des Kreistages **am 06. Dezember 2007, 15.00 Uhr,** **in Plön, Kreishaus, Kreistagssitzungssaal**

Anwesend:

Kreistagsabgeordnete Arp, Johanna, Benecke, Biemann, Boll, Bredereck-Mallas, Busch-Laurinck, Bussenius, Dirschauer, Dittkuhn (bis 19.00 Uhr), Dreßler, Ehlert, Ehmke (bis 18.00 Uhr), Dr. Ellendt, Gehrke, Grotzki, Prof. Dr. Haensel, Hansen, Bettina (bis 19.00 Uhr, ab 21.25 Uhr), Hansen, Thomas, Hartke, Heller, Hilker, Hohnheit, Dr. Jahn (ab 20.40 Uhr), Janz, Jessen, Kähler, Kalinka, Killig, König, Korbmacher, Kord-to-Krax, Leyk, Maroses, Michaelsen, Dr. Niedermeier-Lange, Ohl, Plambeck (ab 16.30 Uhr), Rusch, Schlauderbach, Schlünsen, Schreiber, Schwalbe, Selchow, Sönnichsen, Tams, Thielscher, Dr. Thies, Vexer und Wohlgethan.

Es fehlten entschuldigt die Kreistagsabgeordneten Arp, Hans-Hugo, Dr. Freundt-Malecha, Hagen und Schulz-Giese.

01. Eröffnung und Begrüßung

Kreispräsident Kalinka bittet die Anwesenden sich von ihren Plätzen zu erheben und der fünf getöteten Kinder aus Darry in einer Schweigeminute zu gedenken.

Kreispräsident Kalinka eröffnet um 15.05 Uhr die Sitzung des Kreistages. Er begrüßt die anwesenden Gäste.

Er stellt fest, dass der Kreistag ordnungsgemäß mit Ladung vom 23.11.2007 einberufen worden ist. Bei der Eröffnung des Kreistages sind von den 53 Kreistagsabgeordneten 47 anwesend. Der Kreistag ist beschlussfähig.

Zur Protokollführerin wird Oberamtsrätin Möller bestellt.

Kreispräsident Kalinka führt aus, dass Landrat Dr. Gebel wegen der tragischen Ereignisse nicht an der Sitzung teilnehmen kann, weil er in Kürze der Öffentlichkeit Auskunft geben muss.

Weiter teilt der Kreispräsident mit, dass in einer soeben stattgefundenen Ältestenratssitzung eine neue Reihenfolge der zu beratenden Tagesordnungspunkte festgelegt worden ist. Die einzelnen TOP behalten jedoch ihre bisherige Nummerierung. Ohne Aussprache sollen danach die Punkte 5. bis 10. sowie die Punkte 17., 18., 21. und 23. behandelt werden. Die Beratung des TOP 22 Schülerbeförderung wird nach TOP 11 vor TOP 12 beraten werden. Ebenso müsste der TOP 19 Kinderarmut vor TOP 12 beraten werden. Nach vorne gezogen werden die TOP 17., 18., und 21. Diese Beratungsfolge findet die Zustimmung des Kreistages (einstimmig). Darüber hinaus liegt noch die Sitzungsvorlage zum Thema „Gemeinsame Ermittlungsgruppe zur Bekämpfung der Schwarzarbeit“ vor. Um diese beraten zu können,



muss zuvor die Dringlichkeit festgestellt werden. Der Kreistag beschließt einstimmig die Dringlichkeit. Auch dieser Punkt (neu TOP 25) wird vor dem TOP 12 ohne Aussprache beschlossen werden. Weitere Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Die vorgelegte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen:

- 02.A) Einwohnerfragestunde
- 02.B) Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen: Aktuelle Stunde: Klimaschutz im Kreis Plön
- 03. Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 22.09.2007
- 04. Umbesetzung und Besetzung von Ausschüssen
- 05. Anhörung des Kreistages zur Vereinigung der Gemeinden Klausdorf und Raisdorf mit Wirkung vom 01. März 2008 zur Gemeinde Schwentinental
- 06. Kenntnisnahme von der Kreisverordnung zur 3. Änderung der Kreisverordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Schwentinental im Kreis Plön im Verlauf vom Stadtgebiet Preetz bis an die Stadtgrenze von Kiel" vom 08.09.1995; hier: Entlassung aus dem Landschaftsschutz
- 07. Anteil des Kreises an den Verwaltungskosten der Arbeitsgemeinschaft nach SGB II (kommunaler Finanzierungsausgleich)
- 08. Einführung einer digitalen Alarmierung
- 09. Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallwirtschaft des Kreises Plön
- 10. Wirtschaftspläne 2008
 - 10.1 für das „Haus am Kloostergarten“, Alten- und Pflegeheim des Kreises Plön in Preetz
 - 10.2 für den Rettungsdienst Kreis Plön
 - 10.3 für die Klinik Preetz, Krankenhaus des Kreises Plön
- 11. Stellenpläne
 - 11.1 für die Kreisverwaltung und die Einrichtungen für das Haushaltsjahr 2008
 - 11.2 für das Amt für Kreiseinrichtungen
- 12. Haushaltssatzung 2008 und Investitionsprogramm 2007 bis 2011
- 13. Grundsatzaussprache zur Zukunftsfähigkeit der Einrichtungen des Kreises Plön im Gesundheitsbereich

in nichtöffentlicher Sitzung:

- 14. Klinik Preetz
 - 14.1 Vorbereitung des Rechtsformwechsels zum 01.01.2008
 - 14.2 Verhandlungen zwischen dem Personalrat und der Krankenhausleitung über Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung
 - 14.3 Strukturierte Bearbeitung der Verbesserungspotentiale
 - 14.4 Vorbereitende Maßnahmen für die zeitnahe Errichtung einer Geriatrie
 - 14.5 Untersuchungen zur Gynäkologischen/Geburtshilflichen Abteilung der Klinik Preetz
 - 14.6 Vergleich Ärztehaus und Medizinisches Versorgungszentrum
 - 14.7 Investitionen in Gebäude und Ausstattung der nächsten fünf Jahre
- 15. Gemeinsame Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Kreise Plön und Rendsburg-Eckernförde sowie der Landeshauptstadt Kiel und der Stadt Neumünster
- 16. Verkauf eines Grundstücks

weiter in öffentlicher Sitzung:

- 17. Erweiterung des Sitzungsdienstprogramms um ein Abgeordneteninformationssystem
- 18. Altholzentsorgung



19. Antrag der SPD-Fraktion: Bekämpfung der Kinderarmut im Kreis Plön
20. Grundsatzentscheidung zur weiteren Trägerschaft der allgemein bildenden Kreisschulen
21. Haushaltsplan der Susanne und Dr. Klaus Reger Stiftung
22. Schülerbeförderung
- 22.1 Antrag der SPD-Fraktion:
Abschaffung der Elternbeteiligung bei der Schülerbeförderung
- 22.2 Antrag der UWG-Fraktion:
Antrag zur Schülerbeförderung und zum kommunalen Finanzausgleich
23. Antrag der Gemeinde Bönebüttel auf Ausamtung aus dem Amt Bokhorst; hier: Rechtsmittelverzicht
24. Antrag der UWG-Fraktion: Antrag zum geplanten Ausbau des Gemeinschaftskraftwerks Kiel
25. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen den Kreisen Ostholstein und Plön zur Bekämpfung der Schwarzarbeit durch eine „Gemeinsame Ermittlungsgruppe zur Bekämpfung der Schwarzarbeit“; hier: Beteiligung der Stadt Neumünster
26. Mitteilungen und Anfragen

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

02.A) Einwohnerfragestunde

Es meldet sich Herr Lars Berwald aus Selent zu Wort. Er hat einen schriftlichen Fragenkatalog zum Blumenburg Venture Park ausgearbeitet. Er übergibt diesen an den Kreispräsidenten und bittet um schriftliche Beantwortung. Er begründet seinen Schritt mit den heutigen Ereignissen.

Kreispräsident Kalinka gibt diesem Wunsch statt, merkt jedoch an, dass der Sinn einer Einwohnerfragestunde anders zu bewerten ist.

Weitere Fragen werden nicht gestellt.

02.B) Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen: Aktuelle Stunde: Klimaschutz im Kreis Plön

Für die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen führt KTA Dreßler aus, dass der Klimaschutz im Bewusstsein des Kreistages nicht hoch genug eingeschätzt wird. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass für viele die Beratungen über Fusion/Kooperationen Priorität haben. Seine Fraktion hat diese Aktuelle Stunde beantragt, um ein Zeichen zu setzen, dass der in zwei Tagen stattfindende Weltaktionstag „Klimaschutz jetzt“ auch im Kreis Plön verstanden wird. Der seit dem Frühjahr vorliegende Weltklimabericht der Vereinten Nationen zeigt mehr als nur eine besorgniserregende Entwicklung auf. Es geht um die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und dafür ist auch der Kreis Plön zuständig. Passiv-Häuser, Biogas- und Biomassenutzung, solare Energiegewinnung, Windenergieerzeugung müssen Ausdrucksform einer neuen Kultur sein, die durch die Politik und Verwaltung getragen und gestützt wird. Klimaschutz muss zu einem zentralen Bestandteil staatlichen und privaten Handelns werden. In der Bevölkerung ist ein Umdenken bereits zu erkennen, da viele z. B. auf Öko-Strom umsteigen. Auch der ÖPNV erlebt eine Renaissance. Der Ausschuss für Bauen, Umwelt und Abfallwirtschaft des Kreises hat sich für eine Umrüstung der Heizung im Gymnasium



Heikendorf auf eine Pellet-Heizung ausgesprochen. Dies ist als ein Zeichen dafür zu nehmen, dass der Klimaschutz ernst zu nehmen ist. Nicht ernst nehmen kann er dagegen den Klimaschutzbericht der Kreisverwaltung. Was dort an Maßnahmen aufgeführt wird, vollzieht inzwischen jeder Eigenheimbesitzer. Sie sind deshalb nicht als Vorzeigeobjekte geeignet. Auch der Hinweis des Landrats, dass der Kreis mit der Einstellung eines Energiebeauftragten schon 1994 eine Vorreiterrolle eingenommen hat, ist seiner Meinung nach unredlich. Dabei wird verschwiegen, dass diese Stelle gerade dem Rotstift zum Opfer gefallen ist. Der Klimaschutz ist zukünftig ernster zu nehmen. Dazu werden die Umweltberatungsstellen ebenso benötigt wie eine Energieberatung im Kreis. Bei der Planung der Stadtregionalbahn muss über Grenzen hinaus gedacht werden. Klimaschutz ist notwendig und dafür ist ein Umdenken in der Bevölkerung erforderlich.

KTA Ohl als 1. stellvertretender Landrat führt aus, dass Landrat Dr. Gebel wegen der tragischen Ereignisse leider nicht an der Sitzung des Kreistages teilnehmen kann. Auf die hier gemachten Vorwürfe möchte er nicht eingehen. Dies sollte dem Landrat vorbehalten bleiben. Für KTA Dr. Thies ist der Klimaschutz ernst zu nehmen und dafür privates sowie staatliches Handeln nötig. An dieser Stelle will er jedoch keine weiteren Ausführungen dazu machen, sondern nur auf den Kreis Plön bezogen erklären, dass seine Fraktion sich gegen den Bau eines Kohlekraftwerkes in Kiel ausspricht. Deshalb ist auch der TOP 24. von ihnen angemeldet worden. Weitere Begründungen sind ihrem schriftlichen Antrag zu entnehmen. Wichtig ist in dem Zusammenhang, dass nach alternativen Energieformen gesucht wird. Dabei sollten unproblematische Energien – wie z. B. Wind- oder Solarenergie – gefördert werden. Auch im Bildungswesen müsste verstärkt auf alternative und neue Energieformen mehr Aufmerksamkeit gerichtet werden.

Für KTA Dr. Ellendt steht die heutige aktuelle Stunde unter einem schlechten Stern, wenngleich auch er der Auffassung ist, dass der Klimaschutz natürlich alle Bürger etwas angeht. Es liegt der Klimaschutzbericht der Verwaltung zur Beratung in dem Umweltausschuss vor. Er wird diesen zur Beratung auf die nächste Tagesordnung setzen. In dem Zusammenhang verweist er auf das ehrgeizige Klimaschutzprogramm der Bundesregierung, das zum Ziel hat, bis zum Jahre 2020 40 Prozent Energie einzusparen, davon 36 Prozent durch erneuerbare Energien und 4 Prozent durch bessere Technologien. Dieser Prozess sollte mutig begleitet werden. Gefördert werden soll z. B. der Einbau bzw. eine Umrüstung in alten Gebäuden auf Pelletheizungen. In dem Zusammenhang verweist er auf die Empfehlungen seines Ausschusses, eine solche Heizung in dem Gymnasium in Heikendorf einzubauen. Die Zukunft von Kohlekraftwerken ist differenziert zu betrachten, weil entsprechende Alternativen vorhanden sein müssen.

KTA Bettina Hansen weist das von dem KTA Dreßler unterstellte Desinteresse am Klimaschutz für ihre Fraktion zurück. Vielmehr ist eine Diskussion bei der heutigen langen Tagesordnung fehl am Platze. Eine Beratung der nachfolgenden Tagesordnungspunkte unter Beachtung klimaschutzwirksamer Maßnahmen sollte jetzt erfolgen.

KTA Biemann erklärt, dass natürlich eine aktuelle Stunde angemeldet werden kann. Er verweist darauf, dass der Kreis Plön schon frühzeitig, nämlich 1991, ein Energiewirtschaftskonzept vorgelegt hat. Seinerzeit sind die Energiesysteme Nord GmbH mit der Ermittlung beauftragt worden, Strom und Wärme durch technische Möglichkeiten und Maßnahmen zu reduzieren, Einsatzfelder für regenerative Energien zu definieren und ein Gesamtbild der zukünftigen Energiewirtschaft zu entwickeln. Dieses Beispiel soll verdeutlichen, dass der Kreis Plön schon immer eine Menge in dieser Richtung getan hat.



Dabei stellt sich die Frage, wie ernst die Ergebnisse vom Kreis und von jedem einzelnen genommen worden sind.

Kreispräsident Kalinka schließt die Aktuelle Stunde nachdem weitere Wortmeldungen nicht vorliegen.

03. Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 22.09.2007

Gegen die Niederschrift über die 24. Sitzung des Kreistages am 22.09.2007 werden keine Einwände erhoben.

Stimmenverhältnis: einstimmig bei 3 Enthaltungen

04. Umbesetzung und Besetzung von Ausschüssen

Der Kreistag fasst - ohne Aussprache - folgenden

Beschluss:

1. Widerspruchsbeirat:

Der bisherige Vertreter Heiko Meyer, SOS-Kinderdorf, ist verzogen.

Als neuer Vertreter im Widerspruchsbeirat wird

Herr **Andreas Kimpel**, SOS-Kinderdorf „Schleswig-Holstein“ Eetzweg 1, 24321 Lütjenburg vorgeschlagen.

2. Mitgliederversammlung des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages

Für den bisherigen Vertreter in dem Gremium, KTA Dr. Mark Jahn, schlägt die CDU-Fraktion KTA Peter Sönnichsen als neuen Vertreter vor.

Stimmenverhältnis: einstimmig

05. Anhörung des Kreistages zur Vereinigung der Gemeinden Klausdorf und Raisdorf mit Wirkung vom 01. März 2008 zur Gemeinde Schwentinental

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden **Beschluss:**

Der Kreistag des Kreises Plön begrüßt die Vereinigung der Gemeinden Klausdorf und Raisdorf zu einer neuen Gemeinde zum 01.03.2008.

Stimmenverhältnis: 1 Enthaltung

1 nein-Stimme

Rest ja-Stimmen

06. Kenntnisnahme von der Kreisverordnung zur 3. Änderung der Kreisverordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Schwentinental im Kreis Plön im Verlauf vom Stadtgebiet Preetz bis an die Stadtgrenze von Kiel“ vom 08.09.1995; hier Entlassung aus dem Landschaftsschutz



Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden **Beschluss**:

Gemäß § 55 Abs. 3 LVwG nimmt der Kreistag Kenntnis von der Kreisverordnung zur 3. Änderung der Kreisverordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Schwentinetal im Kreis Plön im Verlauf vom Stadtgebiet Preetz bis an die Stadtgrenze von Kiel“ vom 08. September 1995.

**Stimmenverhältnis: 4 nein-Stimmen
Rest ja-Stimmen**

07. Anteil des Kreises an den Verwaltungskosten der Arbeitsgemeinschaft nach SGB II (kommunaler Finanzierungsausgleich)

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden **Beschluss**:

1. Der Kreis beteiligt sich an den Verwaltungskosten der ARGE Plön mit einem Finanzierungsanteil von 12,6 % ab dem Jahr 2006.
2. Die Kosten der Organisationsuntersuchung in Höhe von 28.738,50 € übernimmt der Kreis.
3. Für die Abrechnung des kommunalen Finanzierungsanteils 2006 und der Gutachterkosten wird einer überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 405/678 in Höhe von 295.866,16 € gemäß § 57 KrO i.V.m. § 82 Abs. 1 GO zugestimmt.

Stimmenverhältnis: einstimmig

08. Einführung einer digitalen Alarmierung

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden **Beschluss**:

Dem Aufbau eines kreisübergreifenden digitalen Alarmierungsnetzes (Plön/RD-ECK/Kiel) wird zugestimmt. Hierzu ist zwischen den beteiligten Kreisen und der Landeshauptstadt Kiel eine Kooperationsvereinbarung zu schließen, die auch den Betrieb des Alarmierungsnetzes umfasst. Zur Minimierung der Kosten soll die Leistung zur Errichtung des Alarmierungsnetzes in einer gemeinsamen Ausschreibung erfolgen. Zum Haushalt 2009 ist eine detaillierte Kostendarstellung vorzulegen.

Stimmenverhältnis: einstimmig

09. Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallwirtschaft des Kreises Plön

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden **Beschluss**:

1. Die als Anlage 1 der Sitzungsvorlage Nr. 85/07 beigefügte 18. Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallwirtschaft des Kreises Plön wird beschlossen.



Stimmenverhältnis: einstimmig

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten der Einführung einer Grundgebühr zu prüfen und der Selbstverwaltung zu gegebener Zeit einen geeigneten Vorschlag zur Beschlussfassung vorzulegen.

**Stimmenverhältnis: 4 nein-Stimmen
Rest ja-Stimmen**

10. Wirtschaftspläne 2008

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden **Beschluss**:

10.1 Wirtschaftsplan für das „Haus am Kloostergarten“, Alten- und Pflegeheim des Kreises Plön in Preetz

Dem Wirtschaftsplan für das „Haus am Kloostergarten“, Alten- und Pflegeheim des Kreises Plön in Preetz, für das Jahr 2008 wird zugestimmt.

Stimmenverhältnis: einstimmig

10.2 Wirtschaftsplan für den Rettungsdienst Kreis Plön für das Jahr 2008

Dem Wirtschaftsplan für den Rettungsdienst Kreis Plön für das Jahr 2008 wird zugestimmt.

Stimmenverhältnis: einstimmig

10.3 Wirtschaftsplan für die Klinik Preetz, Krankenhaus des Kreises Plön für das Jahr 2008

Dem Wirtschaftsplan der Klinik Preetz, Krankenhaus des Kreises Plön für das Jahr 2008 wird zugestimmt.

Stimmenverhältnis: einstimmig

11. Stellenpläne 2008

TOP 11.1 Stellenplan für die Kreisverwaltung und die Einrichtungen für das Haushaltsjahr 2008

KTA Leyk als Vorsitzender des Hauptausschusses teilt die Empfehlungen seines Ausschusses zum Stellenplan 2008 der Kreisverwaltung mit, die in der heutigen Sitzung getroffen worden sind. Danach empfiehlt der Hauptausschuss dem Kreistag, dem Plan mit einigen Änderungen zuzustimmen. Er weist darauf hin, dass der Stellenplan seit geraumer Zeit zum ersten Mal



wieder eine geringfügige Stellenausweitung ausweist. Zurückblickend geht er auf den Einsparbeschluss des Kreistages ein, die Personalkosten zu senken. In der Umsetzung dieses Beschlusses sind in den Jahren 2003 bis 2007 die geforderten 10 Prozent eingespart worden. Dies führt zu einer jährlichen Ersparnis von rd. 1,9 Mio Euro. An der Stelle bedankt er sich ausdrücklich bei allen Beteiligten, insbesondere aber bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung sowie dem ausgeschiedenen Personalratsvorsitzenden Jennerjahn. Der Hauptausschuss empfiehlt folgende Veränderungen in dem vorgelegten Stellenplan, und zwar Streichung von 2 halben Stellen im Veterinärbereich und einer halben Stelle in der Kämmerei. Außerhalb des Stellenplans schlägt der Hauptausschuss vor, den Landrat zu beauftragen, die Dienstvereinbarung mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in folgenden Punkten zu ändern: Streichung der Anrechnung einer Frühstückspause von 15 Minuten als Arbeitszeit und Streichung der Dienstbefreiung an Geburtstagen. Trotz aller Einsparungen werden die Kosten für das Personal auch im Jahr 2008 steigen, weil gesetzliche und tarifliche Vorgaben umzusetzen sind.

1. stellv. Landrat Ohl fühlt sich verpflichtet, für die Verwaltung etwas zu den beiden geforderten halben Stellen in der Veterinärabteilung zu sagen. Die Streichung könnte zu erheblichen Schwierigkeiten in der Abteilung führen. Die Landesregierung hat mit Erlass vom 13.07.2007 festgelegt, dass die landwirtschaftlichen Nutztierhaltungen jetzt von den Kreisen zu kontrollieren sind. Die Aufgabe haben bisher die örtlichen Ordnungsbehörden wahrgenommen. Die neue gesetzliche Aufgabe wird einen erheblichen Anteil der Arbeitszeit der Mitarbeiter erfordern.

KTA Biemann verweist auf die Ausführungen des stellv. Landrats Ohl und erklärt, dass oftmals durch den Landesgesetzgeber Aufgaben auf die Kreise übertragen werden, wofür dieser dann entsprechendes Personal vorhalten muss und die Kosten zu tragen hat. Zum Stellenplan merkt er an, dass seine Fraktion beantragt, den von der Verwaltung vorgelegten Stellenplan in seiner bisherigen Fassung zu beschließen. Die mündlich beantragte halbe Stelle für die Kämmerei möchte seine Fraktion ebenfalls – allerdings mit einer Befristung von 24 Monaten – genehmigen. Zur Stellenbesetzung in der Veterinärabteilung merkt er an, dass es für die Selbstverwaltung immer schwer ist, sich zur Notwendigkeit zu äußern. Allerdings hat es in der Vergangenheit bereits ein Gutachten zur Arbeitsbelastung in der Abteilung gegeben. Das Gutachten hat eindeutig belegt, dass die Aussagen der Verwaltung richtig gewesen sind. Deshalb sollte dem Antrag der Verwaltung auch heute entsprochen werden. Zur Dienstvereinbarung merkt er an, dass es sich hierbei um eine Vereinbarung zwischen Verwaltungsleitung und Personal handelt, über die der Kreistag nicht zu beschließen hat.

KTA Thomas Hansen verweist auf die sachlichen Beratungen im Hauptausschuss zum Stellenplan der Kreisverwaltung. Aus Gründen der Solidarität mit den Mitarbeitern der Klinik Preetz sollten die Mitarbeiter der Kreisverwaltung auf bisherige Vergünstigungen zukünftig verzichten. Derartige Vorteile passten nach seiner Meinung nicht in die heutige Zeit. Deshalb hat der Hauptausschuss die Aufforderung an den Landrat ausgesprochen, mit dem Personalrat der Kreisverwaltung entsprechende Gespräche zu führen. Zur beantragten halben Stelle in der Kämmerei für einen Anlagenbuchhalter führt er aus, dass der Kreistag für die Einführung der Doppik ist. Dafür ist die Erfassung des Anlagevermögens des Kreises – Gebäude, Grundstücke, Straßen, Schulen, sonstige Gegenstände – erforderlich. Dies ist zwar zunächst eine gewaltige Aufgabe, die personelle Ressourcen binden wird, aber es handelt sich um eine temporäre Aufgabe, die keine Einstellung rechtfertigt. Nach der Einrichtung muss die Pflege mit dem vorhandenen Personal möglich sein. Seine Fraktion schlägt deshalb vor, sächliche Mittel für die Aufgabe zur Verfügung zu stellen, um evtl. externe Kräfte mit der



Durchführung zu beauftragen. Zumindest sollte diese Möglichkeit vor einer Ausweitung des Stellenplans geprüft werden.

KTA Schreiber hält die Einrichtung einer halben Stelle in der Kämmerei für erforderlich. Die Umstellung auf die doppelte Buchführung ist ein enormer Zeitaufwand für die Verwaltung. Dies betrifft nicht nur die Anlagenbuchhaltung, sondern auch die Eröffnungsbilanz. Er wundert sich schon, dass die bisher geleistete Arbeit mit dem vorhandenen Personal erledigt werden konnte. Eine externe Vergabe an eine Beratungsgesellschaft wäre für den Kreis viel zu teuer. Um zur jetzigen Zeit vernünftige Werte zu erhalten, sollte die Stelle eingerichtet und auf zwei Jahre befristet werden. Nach dieser Zeit kann dann geprüft werden, ob sie weiterhin erforderlich ist.

KTA Grotzki erklärt zu den geforderten zwei halben Stellen in der Veterinärabteilung, dass der Kreistag sich in Erinnerung rufen soll, was die Gutachter vor kurzer Zeit zum Arbeitsanfall und Personalbedarf gesagt haben. Dieses Gutachten ist von der Selbstverwaltung in Auftrag gegeben worden. Es hat die Ausführung der Verwaltung bestätigt. Deshalb geht sie davon aus, dass die Verwaltung den Bedarf heute ebenso geprüft hat und die Forderung berechtigt ist. Sie persönlich hält es für unverantwortlich, den gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben nicht nachzukommen. Zur geforderten halben Stelle in der Kämmerei führt sie aus, dass es sich um einen kurzfristigen Aufwand handelt. Deshalb ist die Einrichtung einer Stelle aber nicht erforderlich. Insofern schließt sie sich den Ausführungen von Herrn Hansen an.

KTA Thomas Hansen geht auf die Ausführung von Herrn Schreiber ein und erklärt, dass bereits ein Bilanzbuchhalter bei der Kreisverwaltung beschäftigt ist. Insofern dürfte die Eröffnungsbilanz kein Thema sein. Bei der Vermögensbewertung kann es zudem auch hilfreich sein, wenn verwaltungsfremde Personen ihre Einschätzung abgeben. Zu den beiden halben Stellen im Veterinärbereich merkt er an, dass zurzeit aktive Kooperationsverhandlungen mit dem Kreis Ostholstein stattfinden und gerade diese Bereiche müssten dazu führen, dass bestehende Aufgaben durch das vorhandene Personal erledigt werden können. Im Übrigen sprechen alle von Bürokratieabbau, aber nichts geschieht und letztlich muss der Kreis die Mittel zur Verfügung stellen. Das Land wäre in der Pflicht, den Kreisen die erforderlichen Mittel im Rahmen des Konnexitätsprinzips für die Durchführung der Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung zur Verfügung zu stellen. Solange das in diesem Fall nicht geschieht, sollte die Aufgabe nicht schon im vorausseilenden Gehorsam wahrgenommen werden.

KTA Biemann verweist darauf, dass der Anlagenbuchhalter nicht für die Bewertung der Vermögensgegenstände zuständig ist. Durch die Ausweitung des Stellenplanes um 0,5 Planstelle und die Rückkehr einer Mitarbeiterin aus dem Elternurlaub würde zudem die Möglichkeit bestehen, durch einen Ringtausch in der Verwaltung einem Auszubildenden eine Einstellung für 24 Monate zu ermöglichen. Diese soziale Komponente wäre auch nicht zu unterschätzen. Außerdem ist im Hauptausschuss erklärt worden, dass der Kreis Ostholstein die Aufgaben auch nicht übernehmen kann.

Für KTA Grotzki ist es ein Irrglauben anzunehmen, dass eine Fusion mit dem Kreis Ostholstein hier Vorteile bringen wird. Der Mehrbedarf im Veterinärbereich wird dadurch nicht abgedeckt, weil der Kreis Ostholstein ähnlich strukturiert ist wie der Kreis Plön. Vielmehr sollte sich jeder das Gutachten in Erinnerung rufen, das klar den Bedarf des Veterinärbereiches zum Ausdruck gebracht hat.

Über den Antrag der SPD-Fraktion



„Der Hauptausschuss-Empfehlung wird nicht gefolgt. Die beiden beantragten 0,5 Stellen für das Veterinäramt werden bewilligt.“

wird wie folgt abgestimmt:

**Stimmenverhältnis: 21 ja-Stimmen
23 nein-Stimmen
3 Enthaltungen**

Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Über den Antrag der SPD-Fraktion

„Der Hauptausschuss-Empfehlung wird nicht gefolgt. Dem Einzelantrag der Verwaltung auf Bewilligung einer „Doppik-Stelle“ in der Kämmerei wird stattgegeben.“

wird wie folgt abgestimmt:

**Stimmenverhältnis: 16 ja-Stimmen
29 nein-Stimmen
2 Enthaltungen**

Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Der Kreistag **beschließt** den Stellenplan für die Kreisverwaltung und die Einrichtungen für das Haushaltsjahr 2008 in der Fassung der Empfehlung des Hauptausschusses vom 06.12.2007.

**Stimmenverhältnis: 26 ja-Stimmen
21 nein-Stimmen**

11.2 Sitzungsvorlage Nr. 98/07 Stellenplan für das Amt für Kreiseinrichtungen

Der Kreistag fasst folgenden **Beschluss**:

Dem Stellenplan für das Amt für Kreiseinrichtungen für das Jahr 2008 wird zugestimmt.

Stimmenverhältnis: einstimmig

12. Haushaltssatzung 2008 und Investitionsprogramm 2007 - 2011

KTA Leyk als Vorsitzender des Hauptausschusses führt aus, dass der Hauptausschuss in seiner heutigen Sitzung den Haushaltsentwurf 2008 beraten hat. Trotz einer leichten positiven Entwicklung müssen nach wie vor alle „Alarmglocken“ läuten, weil die allgemeine



Entwicklung des Kreishaushaltes als dramatisch anzusehen ist. Der von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsentwurf hat ein Defizit von 11,1 Mio € vorgesehen. Aufgrund der Empfehlungen der Fachausschüsse und des Hauptausschusses kann das Defizit auf 10,5 Mio € gesenkt werden. Die Schulden des Kreises Plön werden in den nächsten Jahren noch steigen. Der Istschuldenstand im Jahr 2004 betrug 34 Mio €, der Sollsschuldenstand beträgt im Jahre 2007 bereits 48 Mio € und wird im Jahre 2010 dann auf 57 Mio € ansteigen. Ein grundsätzlicher Handlungsbedarf ist dafür vorhanden. Anzumerken ist dabei, dass die Erhöhung der Schulden zum großen Teil fremd verursacht ist. Kürzungen im freiwilligen Bereich können dagegen kaum noch vorgenommen werden. Die Defizitsteigerungen beruhen auf Steigerungen der Kosten im Jugendhilfebereich, der Kosten der Unterkunft (KdU) sowie auf Absenkung der Mittel im kommunalen Finanzausgleich, durch das Steigen der Personalkosten (Rücklage für die Altersteilzeit). Trotz der schwierigen Haushaltslage wird beim Blick auf die Veränderungsliste deutlich, dass Schwerpunkte im Haushalt gesetzt worden sind. Dies sind Investitionen vor allem im Bereich der Schulen und der Bildung. Zum Haushaltsansatz für den Einbau der Pellet-Heizung am Gymnasium in Heikendorf merkt er an, dass der Hauptausschuss das Anbringen eines Sperrvermerks empfiehlt, weil sehr unterschiedliche Zahlen von der Verwaltung vorgelegt worden sind.

Für KTA Thomas Hansen wird es immer schwieriger, eine Antwort auf die Frage zu finden, wie die Sanierung der desolaten Finanzlage des Kreises gelingen kann. Wenn auch das strukturelle Defizit auf 3,4 Mio € reduziert werden kann und steigende Steuereinnahmen zu verzeichnen sind, so können die Kreise in Schleswig-Holstein und damit der Kreis Plön ihre Verwaltungshaushalte nicht ausgleichen. Erst ab dem Jahre 2010 zeigt die mittelfristige Finanzplanung, dass mit einem Abbau der aufgelaufenen Fehlbeträge aus den Vorjahren gerechnet werden kann. Voraussetzung dafür ist aber, dass sich die konjunkturelle Entwicklung nicht abschwächt. Insofern kann keinesfalls von Entwarnung gesprochen werden. Nach wie vor haben die Kommunalpolitiker es nicht selber in der Hand, diesen Zustand aus eigener Kraft zu verändern. Selbst wenn Einrichtungen, die mit hohem finanziellem Aufwand vorgehalten werden, gekappt werden würden, würde sich nichts ändern. An die Kreismusikschule muss ein wesentlich höherer Zuschuss gezahlt werden als der Kreistag ursprünglich genehmigt hat. Bevor jedoch Änderungen ins Auge gefasst werden, muss man in Erinnerung rufen, dass dort viele Leistungen erbracht werden, die Wertschätzung verdienen. Dies ist ebenso bei vielen weiteren Einrichtungen wie z. B. dem Museum oder Zuschüssen der Fall. Ohne die Einsparung von Personalkosten, die in den vergangenen Jahren vorgenommen wurde, würde die finanzielle Lage des Kreises noch schlechter sein. Er warnt davor zu glauben, dass größere Verwaltungseinheiten effizienter arbeiten und dadurch größere Handlungsspielräume erreicht würden. Die bestehenden Aufgaben sind nach seiner Auffassung das Hauptproblem auf der kommunalen Ebene. Deshalb ist beim Land darauf zu drängen, dass den Kommunen weniger Aufgaben übertragen oder aber, dass die entsprechenden Finanzmittel dafür zur Verfügung gestellt werden. Trotz der schwierigen Finanzlage hat die CDU-Fraktion wieder in die Kinder- und Bildungsarbeit investiert. Die heute vorliegende Änderungsliste beinhaltet keine gravierenden Einsparungen – weder von der Verwaltung noch von der Selbstverwaltung. Vielmehr wird versucht, aus der bestehenden Situation das Beste zu machen. Die CDU-Fraktion wird ihre Zustimmung zum Haushalt 2008 geben.

KTA Schünsen merkt an, dass die Haushaltsberatungen in diesem Jahr wiederum sehr schlecht sind. Dies insbesondere deshalb, weil heute zum ersten Mal eine Vollberatung des Plans erfolgt. Dadurch ist den Fraktionen die Möglichkeit genommen worden, ihrerseits eine



Abstimmung vorzunehmen. Er unterstreicht die Ausführungen, die der KTA Thomas Hansen zum Haushalt gemacht hat. Die Einnahmeverbesserungen im Haushalt sind als Folge einer verbesserten Konjunktur und den damit verbundenen höheren Steuereinnahmen bzw. höhere Einnahmen aus der Kreisumlage anzusehen. Dies stellt jedoch keine Eigenleistung des Kreistages dar. Auf der anderen Seite sind feste Kostenblöcke vorhanden, die kaum noch veränderbar sind. Gerade im Personalbereich gibt es auch keine Bewegung mehr. Er erinnert an den gemeinsamen Einsparbeschluss im Personalbereich von CDU und SPD aus dem Jahre 2003, der auch erreicht worden ist. Darüber hinaus ist nichts mehr möglich. Wenn heute keine Änderungsanträge vorgelegt worden sind, so liegt das daran, dass nichts mehr gespart werden kann. Zumindest seine Fraktion hat Probleme mit den von der CDU-Fraktion in den vergangenen Jahren vorgenommen Kürzungen im sozialen Bereich. Wenn der Schwellenwert in den vergangenen fünf Jahren abgesenkt gewesen wäre, hätte dies dem Kreis Plön ca. 1,2 Mio € als Einnahme gebracht. Die überwiegende Anzahl von Investitionen ist in den vergangenen Jahren einvernehmlich auf den Weg gebracht worden. Zu der Streichung der Einnahmen bei den Schülerbeförderungskosten vertritt er eine andere Meinung als andere Kreistagsabgeordnete. Wenn mit einer Einnahme nicht gerechnet werden kann, müsste auch eine Bereinigung im Haushalt vorgenommen werden. Seine Fraktion lehnt den Verwaltungshaushalt aus den genannten Gründen ab, wird jedoch dem Vermögenshaushalt ihre Zustimmung geben.

Für KTA Grotzki macht Haushaltspolitik seit vielen Jahren keinen Spaß mehr. Sie könnte manchem in den Ausführungen von Herrn Hansen oder Herrn Schlünsen zustimmen, aber letztlich hat jeder seinen eigenen Standpunkt. Auch sind für die Selbstverwaltung wenige Handlungsspielräume vorhanden. In früherer Zeit sind mehrere Lesungen des Haushalts im Finanzausschuss durchgeführt worden. Jetzt hat eine Beratung im Hauptausschuss als Finanzausschuss erst heute statt gefunden, weil die Tagesordnung zuvor nicht geschafft worden ist. Eine bessere Vorbereitung wäre insofern wünschenswert gewesen. Als sie vor ca. 14 Jahren in die Kommunalpolitik eingestiegen ist, haben die freiwilligen Leistungen rund 10 Prozent des Haushaltsvolumens ausgemacht. Heute sind es noch knapp 5 Prozent. Deshalb macht es auch für die Grünen keinen Sinn, dem Verwaltungshaushalt zuzustimmen, weil ihre Punkte alle „dem Rotstift“ zum Opfer gefallen sind. Neue Projekte machen ebenso wenig Sinn, weil durch höhere Schulden zukünftige Generationen belastet werden. Die positive Steuerschätzung beruhte auf der konjunkturellen Entwicklung. Dabei handelte es sich um eine Schätzung. Der positive Aufschwung hat aber maßgeblich nachgelassen. Da der Kreis seine Einnahmequellen nicht direkt steuern kann, ist er abhängig von der Kreisumlage. Auch die Hoffnung, dass Mittel durch die Verwaltungsstrukturreform eingespart werden können, teilt sie nicht. Wenn das Land derartiges bewegt, dann hat es seinen eigenen Haushalt im Auge. Und wenn Aufgaben abgebaut werden, werden diese in erster Linie auf die Kreise verteilt. Sie rechnet nicht damit, dass ein entsprechender finanzieller Ausgleich durch das Land gemacht wird.

KTA Bettina Hansen stellt fest, dass sie ebenso gut ihre Haushaltsrede vom letzten Jahr hätte halten können. Finanzpolitisch kann eben nicht viel bewegt werden. Einsparmöglichkeiten gibt es nicht, auch wenn sie verzweifelt gesucht werden. Auch im Personalhaushalt scheint es keine Möglichkeiten zum Sparen zu geben. In der Hoffnung, dass sich die Steuerentwicklung günstig entwickelt, kann der Abbau des strukturellen Defizits vorangetrieben werden. Zum Radwegbau merkt sie an, dass ihr bekannt ist, dass es eine Prioritätenliste gibt, aber das Zeitfenster müsste verändert werden. Für die Maßnahmen werden immense Kosten erforderlich. Ihr ist bekannt, dass es bereits Kreise gibt, die ihre Gemeinden, die finanziell gut



da stehen, bis zu 100 Prozent in Anspruch nehmen. Eine solche Beteiligung könnte sie sich auch vorstellen. Es ist für sie sehr ärgerlich, wenn in den Fachausschüssen um sehr kleine Beträge gestritten wird und an anderer Stelle hohe Beträge ohne weitere Diskussion bewegt werden. Aus den genannten Gründen wird sie auch in diesem Jahr dem Haushalt nicht zustimmen.

KTA Dr. Thies stellt sich die Frage, welches die ureigenste Aufgabe des Kreises ist. Eine zentrale Aufgabe des Kreises ist für ihn die Wahrnehmung der Ausgleichsfunktion. Bei allen vorhandenen Schwierigkeiten neigt er dennoch dazu, dem vorgelegten Haushalt zuzustimmen. Natürlich ist die Haushaltslage desolat. Dies wird schon auf der ersten Seite des Haushalts erkennbar, wenn man die Einnahmen und Ausgaben mit einander vergleicht. Der Verwaltungshaushalt im Jahre 2008 ist wie in den Vorjahren zum Teil kreditfinanziert. Auch wenn Investitionen mit Krediten finanziert werden müssen, ist es richtig dies zu tun. Die Schulden des Kreises belaufen sich im Jahre 2008 auf ca. 50 Mio €. Vor diesem Hintergrund hätte er sich eine Diskussion über eine Verbesserung der Einnahmesituation gewünscht. Er fragt sich, ob eine Erhöhung der Kreisumlage nicht angemessen gewesen wäre. Er findet den Vorschlag der SPD-Fraktion interessant, den Schwellenwert zu erhöhen, weil das die Einnahmesituation des Kreises geringfügig verbessern würde.

1. stellv. Landrat Ohl stellt fest, dass das Gesamtsystem nicht mehr funktioniert und so lange dort nichts geändert wird, wird es nicht besser. Die 120 Mio € aus dem kommunalen Finanzausgleich, die den Kommunen vom Land gestrichen worden sind, sind in irgendeiner Form zu ersetzen. Der Anteil der Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung, die Kreis wahrzunehmen hat, hat ununterbrochen zugenommen. Darauf haben die Kreise keinen Einfluss. Im Gegenzug sind die finanziellen Mittel dafür nicht in dem gleichen Umfang zur Verfügung gestellt worden. Die politischen Parteien sind aufgefordert, an dem Problem zu arbeiten. Abschließend erinnert er daran, dass – wenn auch eine 0,5 Stelle in der Kämmerei für Doppik gestrichen wurde – dann jedoch die erforderlichen Sachkosten in Höhe von 25.000,00 € in den Haushalt eingestellt werden müssen.

KTA Biemann fragt sich, warum der Kreis nicht an die Gemeinden herantreten ist, um die Frage zu klären, wie dann verfahren werden soll, wenn die Kreisumlage nicht erhöht wird. Nur gemeinsam mit den Gemeinden kann eine Lösung für den Kreis gefunden werden, damit er seine Ausgleichsfunktion noch wahrnehmen kann. Auch er ist der Auffassung, dass das Land durch seinen Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich die Kreise zusätzlich geschwächt hat. Er macht deutlich, dass auch fremdfinanzierte Mittel den Kreis vorangebracht haben und verweist auf Projekte wie „Bündnis für Familie“ und „Kinderarmut“. Zur Verwaltungsstrukturreform merkt er an, dass seine Fraktion u. a. über Jahre eine Verwaltungsmodernisierung, Kooperationen und Gebäudemanagement gefordert hat. Jetzt nach 3 bis 4 Jahren ist man endlich dorthin gekommen.

KTA Schreiber erklärt, dass der Blickwinkel im nächsten Jahr, in dem sich Haushaltsplan und Rechnungswesen wegen der Doppik ändern werden, anders sein wird. Dann geht es um Vermögen und Schulden und nicht so sehr um Jahresergebnisse. Nach dem Bericht des Rechnungsprüfungsamtes hat der Kreis zurzeit 66 Mio € Vermögen und ca. 44 Mio € Schulden. Mit der Einführung der Doppik wird das Vermögen des Kreises steigen, weil Straßen, Schulen usw. bewertet werden, aber auch Pensionsansprüche zurückgestellt werden müssen. Daraus wird sich die dramatische Finanzlage noch viel besser erkennen lassen.

Der Kreistag ist von 19.05 Uhr bis 19.35 Uhr unterbrochen.

Nach Wiedereröffnung des Kreistages berät er auf der Basis der „Änderungsliste zum Haushaltsentwurf 2008“ einschl. Änderungen durch Fachausschüsse und Hauptausschuss



sowie Anpassung durch die Verwaltung an aktuelle Informationen“ zum Haushalt 2008 vom 06.12.2007 und beschließt über die zu dieser Sitzung noch vorgelegten Änderungsanträge wie folgt:

Verwaltungshaushalt

Ziffer 2 der Änderungsliste – Div. Personalausgaben

Reduzierung um 50.000 € wegen der Streichung der beantragten halben Stellen.
Stimmenverhältnis: 27 ja-Stimmen, 16 nein-Stimmen

nach Ziffer 2 vor Ziffer 3: Sachkosten für Doppik

Bereitstellung von 25.000 € für Sachkosten
Stimmenverhältnis: einstimmig bei einigen Enthaltungen

nach Ziffer 6 vor Ziffer 7: Kreismuseum Grundstücksunterhaltung

Antrag B 90/Die Grünen, KTA Dreßler – Streichung der zusätzlich beantragten Kosten in Höhe von 10.000 € für die Erneuerung der Beleuchtung beim Kreismuseum
KTA Dr. Ellendt als Vorsitzender des Ausschusses für Bauen, Umwelt und Abfallwirtschaft erklärt, dass sich der Ausschuss für das Ersetzen der Lampen ausgesprochen hat. Es handelt sich um eine langfristige Investition, die die Attraktivität des Museums erhöht.
Über den Antrag der Fraktion von B 90/Die Grünen wird wie folgt abgestimmt:
Stimmenverhältnis: 4 ja-Stimmen, 41 nein-Stimmen, 1 Enthaltung

nach Ziffer 13 – Antrag der SPD-Fraktion: Erhöhung des Schwellenwertes

Stimmenverhältnis: 17 ja-Stimmen, 23 nein-Stimmen, 6 Enthaltungen

Über den jetzt vorliegenden Verwaltungshaushalt wird wie folgt abgestimmt:

**Stimmenverhältnis: 25 ja-Stimmen
20 nein-Stimmen**

Vermögenshaushalt

Ziffer 26 Pelletheizung Heinrich-Heine-Gymnasium Heikendorf

Beschluss des Hauptausschusses vom 06.12.07 –Haushaltsstelle mit Sperrvermerk – Freigabe durch Hauptausschuss
Antrag KTA Dr. Ellendt – Haushaltsstelle ohne Sperrvermerk

KTA Dr. Ellendt führt aus, dass er die Empfehlung des Hauptausschusses zur Pellet-Heizung in Heikendorf nicht verstehen kann. Seit August 2006 wird über das Thema in dem Ausschuss für Bauen, Umwelt und Abfallwirtschaft beraten. Ausdrücklich erwähnen möchte er, dass das



Thema immer einvernehmlich diskutiert worden ist. Der Einbau der Pellet-Heizung sollte als Pilotprojekt gelten. Alternativen sind geprüft worden. Die Entscheidung hat sich der Ausschuss dabei nicht leicht gemacht. Das Anbringen eines Sperrvermerks würde nur dann Sinn machen, wenn wirklich noch einmal über das Projekt nachgedacht werden soll. Ohne Sperrvermerk kann die Empfehlung des Bauausschusses direkt umgesetzt werden. Deshalb bittet er, der Empfehlung des Hauptausschusses nicht zu folgen.

KTA Schlünsen bedauert, dass jetzt erneut eine Diskussion um die Pellet-Heizung begonnen worden ist. Im Hauptausschuss sind zwischenzeitlich neue Zahlen vorgelegt worden. Von daher möchte er sich hinter die Empfehlung des Hauptausschusses stellen. Im Moment gibt es keine neueren Informationen, so dass heute nichts Abschließendes gesagt werden kann. Deshalb wird dem Sperrvermerk zugestimmt, aber eine Entscheidung sollte zügig getroffen werden.

KTA Leyk bedankt sich bei seinem Vorredner für die Ausführungen. Er führt aus, dass der Hauptausschuss die Entscheidung des Fachausschusses positiv zur Kenntnis genommen hat. Allerdings sind sehr unterschiedliche Beträge genannt worden. Aus der heute vorgelegten Übersicht ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 120.000,00 € bei den Kosten für eine Gasheizung und für eine Pellet-Heizung. Deshalb hält er eine Überprüfung für erforderlich.

KTA Hilker meint, dass die Beschlusslage in der heutigen Sitzung des Hauptausschusses eine andere gewesen ist. Seines Erachtens sollte eine Überweisung in den Fachausschuss erfolgen.

KTA Leyk erläutert vom Platz aus, dass mit „Freigabe durch den Fachausschuss“ nur der Hauptausschuss als Finanzausschuss gemeint worden sein kann.

KTA Biemann erklärt, dass der Hauptausschuss aufgrund der heute vorgelegten Zahlen eine Überprüfung für erforderlich gehalten hat. Deshalb ist die Anbringung des Sperrvermerks notwendig.

KTA Dr. Thies merkt an, dass seines Wissens der erneute Anstoß für eine Überprüfung von der Lehrerschaft gekommen ist. Bisher ist davon ausgegangen worden, dass die Kosten für die Gasleitungen sehr hoch sind, diese jetzt allerdings wesentlich niedriger sein sollen. Vor diesem Hintergrund sollte der Fachausschuss erneut darüber beraten und sodann die Mittel im Hauptausschuss freigegeben werden.

KTA Dr. Ellendt wiederholt seine Auffassung, dass der Sperrvermerk keinen Sinn macht, wenn man sich für erneuerbare Energien aussprechen will. Im Bauausschuss ist beschlossen worden, dass eine gewisse Spannbreite toleriert werden soll. Es macht Sinn, auf erneuerbare Energien zu setzen, zumal auch die Bundesregierung gerade die Bürger ermuntert hat, Altbauten auf Pellet-Heizungen umzurüsten. Er hält es für wichtig, dass gerade der Kreis vorbildhaft vorangeht. Deshalb bittet er erneut, auf einen Sperrvermerk zu verzichten.

KTA Heller berichtet, dass auf der Datengrundlage der Landwirtschaftskammer, die die meisten Anlagen in Schleswig-Holstein betreut, zu erkennen ist, dass die Investitionskosten für Pellet-Heizungen wegen der Speicherkapazitäten usw. zwangsläufig höher, die Betriebskosten dagegen jedoch niedriger sind. Er spricht sich für die Anschaffung einer Pellet-Heizung aus, auch wenn dies teurer sein sollte.

KTA Biemann spricht sich für seine Fraktion für die Aufhebung des Sperrvermerks aus und bittet die CDU-Fraktion, dem Vorschlag zu folgen.

Es wird wie folgt über den Antrag von KTA Dr. Ellendt – Haushaltsansatz ohne Sperrvermerk – abgestimmt:

Stimmenverhältnis: 42 ja-Stimmen, 2 nein-Stimmen, 2 Enthaltungen



nach Ziffer 31 a – Antrag der Fraktion B 90/Die Grünen: Planungs- und Baukosten für die K 19

KTA Dreßler begründet den Antrag seiner Fraktion damit, dass nach Aussagen des Bauamtes des Kreises und des Ausschussvorsitzenden in Preetz die Straße zwar in einem schlechten Zustand, dennoch in diesem Jahr keine Grundsanierung erforderlich ist. Zudem gibt es in Preetz noch Diskussionsbedarf bei den betroffenen Bürgern, weil ca. 90 Bäume gefällt werden müssen, um den geplanten Radweg zu bauen.

Der Antrag lautet: Der Ansatz in Höhe von 450.000 € bei der HHSt. 6519.960 ist auf 0 € zu setzen und die Maßnahme um ein Jahr zu schieben sowie die VE in Höhe von 1.300.000 € entsprechend zu verschieben.

Stimmenverhältnis: 5 ja-Stimmen, 35 nein-Stimmen, 6 Enthaltungen

Über den jetzt vorliegenden Vermögenshaushalt wird wie folgt abgestimmt:

**Stimmenverhältnis: 42 ja-Stimmen
4 nein-Stimmen**

Der Kreistag des Kreises Plön beschließt die Haushaltssatzung für das Jahr 2008 in der jetzt geänderten Form sowie das Investitionsprogramm für die Jahre 2007 bis 2011.

**Stimmenverhältnis: 25 ja-Stimmen
20 nein-Stimmen**

13. Grundsatzaussprache zur Zukunftsfähigkeit der Einrichtungen des Kreises Plön im Gesundheitsbereich

KTA Schreiber erklärt rückblickend für die SPD-Fraktion, dass sich die Arbeit gelohnt hat. Ebenso hat sich gezeigt, dass auch Minderheiten etwas erreichen können. Bereits zum Beginn der neuen Wahlzeit im August 2003 hat sich seine Fraktion in einer Klausurtagung für einen Rechtsformwechsel der Klinik ausgesprochen. Erst im Mai 2005 hat dann die Verwaltung den Vorschlag selbst aufgegriffen. Schon in der vorhergehenden Wahlzeit hat sich seine Fraktion gegen einen Verkauf der Klinik ausgesprochen gehabt. Insofern ist auch die Entscheidung der CDU-Fraktion, die Klinik in der Trägerschaft des Kreises zu belassen, positiv aufgenommen worden. In vielen Gesprächen mit dem Personalrat der Klinik ist darauf hingewiesen worden, dass es notwendig ist, dass die Klinik schwarze Zahlen schreibt und dies Opfer von den Mitarbeitern verlangt. Eine entsprechende Dienstvereinbarung ist zwischen Dienststelle und Personalrat im Herbst dieses Jahres geschlossen worden. Nach schwierigen Diskussionen haben dann CDU und SPD im Juli 2007 einen gemeinsamen Antrag zur Trägerschaft gestellt. Sehr wichtig für die SPD-Fraktion ist in dem Zusammenhang, dass sich Verwaltung, Selbstverwaltung und Personalrat für einen gemeinsamen Weg entschieden haben. Ebenso wichtig ist es zu dokumentieren, dass der Kreis Plön mit der Trägerschaft weiterhin bei gesundheitlichen und sozialen Fragen durch den Betrieb der Einrichtungen mitgestalten will und dass die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Besonders schwierig gestaltete sich die Diskussion um die Dienstleistungsgesellschaft. Hauptziel für die SPD ist, dass für die gleiche



Arbeit der gleiche Lohn gezahlt wird. Dies wird sich in der Dienstleistungsgesellschaft nicht in vollem Umfang umsetzen lassen, ist allerdings für das weitere Vorgehen notwendig. Das tägliche Geschäft in der Klinik muss in eine Hand – nämlich des Geschäftsführers – gelegt werden. Die Politik wird über den Aufsichtsrat Einfluss behalten, der in Zukunft aber geringer sein wird. Die heutige Weichenstellung ist dafür der richtige Weg. Abschließend bedankt er sich bei dem Sozialausschuss und der Verwaltung für die gute Zuarbeit und bei dem Personalrat der Klinik für die gute Zusammenarbeit.

KTA Thomas Hansen bringt zum Ausdruck, dass KTA Schreiber für seine heutige, sehr sachliche und kompetente Rede Respekt gebührt. In der Tat geht es um die Zukunftsfähigkeit der Kreiseinrichtungen und darum, in einem verschärften Wettbewerb adäquate Maßnahmen zur Modernisierung des Krankenhauses und des Alten- und Pflegeheims zu veranlassen. Dafür sind die wichtigsten Weichenstellungen vorgenommen worden. Er unterstreicht die Richtigkeit, eine externe Wirtschaftsprüfungs- und Unternehmensberatungsgesellschaft mit der Analyse des Ist-Zustandes zu beauftragen, um dezidiert Vorschläge auf ihre Wirksamkeit zu untersuchen und dann der Selbstverwaltung vorzulegen. Die Diskussion ist nach Vorlage des Gutachtens auf eine gute Grundlage gestellt worden. Zur Dienstleistungsgesellschaft ist die Diskussion sehr schwierig gewesen, insbesondere bei den unteren Gehaltsgruppen wegen der Absenkung der Vergütungen. Die CDU-Fraktion hat sich mit der Gründung der Dienstleistungsgesellschaft sehr schwer getan. In dem Zusammenhang möchte er sich für die konstruktiven Vorschläge durch den Personalrat und dessen professionellen Berater bedanken. Das sind deutliche Beiträge des Personals zur Kostensenkung, die damit zur Sanierung der Klinik Preetz beitragen werden. Deutlich hervorheben möchte er die Verschlinkung der Entscheidungsstrukturen. Der Einfluss des Trägers auf wesentliche Entscheidungen wird reduziert. Das operative Geschäft wird in die Hand des Geschäftsführers gelegt, während strukturelle Entscheidungen dem Eigentümer Kreis Plön und damit dem Hauptausschuss bzw. dem Kreistag vorbehalten sind. Dies ist auch in die Verträge mit eingearbeitet worden. Mit der heutigen Entscheidung wird ein langer, schwieriger Diskussionsprozess zum Ende gebracht, der aber zu einem guten Ergebnis gebracht worden ist.

KTA Bredereck-Mallas erklärt, dass die Entwicklung der vergangenen Jahre von ihren Vorrednern aufgezeigt worden ist. Sie möchte in ihrem Beitrag deshalb mehr auf die Sichtweise von außen eingehen. Die Klinik Preetz stellt sich ihr als positives Bild dar und sie hofft, dass die Bürger das auch sehen. Für sie ist die Klinik Preetz, vor 50 Jahren als Kreiskrankenhaus gegründet, im besten Alter. Sie liegt zentrumsnah und verkehrsgünstig. Es gibt viele positive Punkte, die zum wirtschaftlichen Erfolg führen sollten. Dies sind u. a. gut erhaltene Gebäude, ein schicker Aufenthaltsraum mit einer Bildergalerie, freundlich eingerichtete Patientenzimmer, gut ausgebildete Ärzte und engagierte Mitarbeiter/innen. In den letzten Jahren sind die Angebote für die Patienten erweitert worden. Zu den Besonderheiten der Klinik gehören u. a. das Angebot von Düften für die Patientenzimmer, ein Beschwerdemanagement und ein Umweltzertifikat. Für besonders erwähnenswert hält sie die Tatsache, dass die Klinik ein würdevolles Sterben ermöglicht. Dass diese Klinik ein gutes Bild nach außen hin darstellt, ist das Verdienst der Mitarbeiter/innen und der Klinikleitung.

KTA Dr. Thies stellt fest, dass das Ziel, die Zukunftsfähigkeit im Gesundheits- und Pflegebereich im Kreis Plön zu sichern, durch drei Punkte erreicht worden ist. Dies sind der Rechtsformwechsel, Verbleib der Trägerschaft beim Kreis sowie Einsparungen von Kosten. Durch den Rechtsformwechsel sind kürzere Entscheidungswege möglich und mit der Gründung der Dienstleistungsgesellschaft werden Kosten eingespart. Wichtig ist außerdem,



dass die Verantwortung beim Kreis Plön bleibt. Vor diesem Hintergrund werden durch den Kreistag zum TOP 14. die richtigen Entscheidungen zur Zukunft der Klinik Preetz getroffen werden. Er bedankt sich bei den Mitarbeiter/innen der Klinik Preetz, die sich konstruktiv in die Diskussion eingebracht haben.

KTA Dr. Jahn unterstreicht die Ausführungen, die hier zum Thema gemacht worden sind. Auch seine Fraktion hat an den vielen Gesprächen teilgenommen, kontrovers diskutiert und sich mit allem auseinander gesetzt. Auch wenn heute eine Regelung getroffen wird, geht der Entscheidungsprozess nicht zu Ende. Es gilt weitere Punkte zu bewegen und dafür möchte sich seine Fraktion auch weiterhin als Partner einbringen.

Frau Gehrau als Vorsitzende des Personalrats der Klinik Preetz bedankt sich bei der Selbstverwaltung für die vielen konstruktiven Gespräche, die mit dem Personalrat auf sachlicher Ebene geführt worden sind und zu guten Ergebnissen geführt haben. Sie bedankt sich ausdrücklich für das Lob, das Personalrat und Dienststelle erhalten haben. Die geschlossene Dienstvereinbarung bedarf jetzt noch der Umsetzung, damit das Ziel – aus den roten Zahlen herauszukommen – erreicht werden kann. Sie zitiert aus einem Zeitungsartikel vom heutigen Tage der KN, in dem der scheidende Sparkassendirektor Seidel ausgeführt hat: „In den Mitarbeitern liegen die größten in der Bilanz nicht aufgeführten Vermögenswerte.“ In diesem Sinne möchten sich die Mitarbeitervertreter für die guten Entscheidungen zu den jetzt anstehenden Beschlüssen bedanken.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt eine Sitzungsunterbrechung von 15 Minuten.

Kreispräsident Kalinka eröffnet die Sitzung des Kreistages wieder um 21.20 Uhr und gibt bekannt, dass keine Gäste mehr im Raum sind. Er stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Kreispräsident Kalinka stellt die Öffentlichkeit der Sitzung wieder her und gibt die Beschlüsse zu den Tagesordnungspunkten 14., 15. und 16. bekannt

14. Klinik Preetz

Der Kreistag berät und **beschließt** wie folgt:

Die Namen der Einrichtungen lauten wie folgt:

„Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen des Kreises Plön gemeinnützige GmbH und Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen des Kreises Plön Dienstleistungsgesellschaft mit beschränkter Haftung.“

Sitzungsvorlagen 57/07 und 83/07 –Rechtsformwechsel

Der Kreistag: fasst folgenden Beschluss:

* **Gesellschaftsvertrag der Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen des Kreises Plön gemeinnützige GmbH in Preetz** in der Fassung vom 29.11.07 mit folgender Änderung „In § 11 Abs. 1 wird „fünf“ durch „sieben“ ersetzt.“

* **Gesellschaftsvertrag der Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen des Kreises Plön Dienstleistungsgesellschaft mit beschränkter Haftung** in der Fassung vom 28.11.2007



- * Der Kreistag nimmt Kenntnis von dem Anstellungsvertrag.
- * Im Rahmen der Einzelrechtsnachfolge werden alle Wirtschaftsgüter auf die neuen Gesellschaften übertragen. Die Einbringung der Stammeinlagen erfolgt durch Bargründung in Höhe von jeweils 25.000 €. Die Gesellschaften sind im Handelsregister anzumelden. Die Grundstücke werden auf die Gesellschaft übertragen.
- * Beide Gesellschaften werden Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband.

Sitzungsvorlage Nr. 52/07 – Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung

Die zwischen dem Personalrat und der Dienststelle vereinbarte Dienstvereinbarung sowie die Eckpunkte der Überleitungstarifverträge – wie im Schreiben des Landrats vom 14.11.2007 ausgeführt – werden zur Kenntnis genommen.

Sitzungsvorlage Nr. 53/07 Strukturierte Bearbeitung der Verbesserungspotentiale

- * Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.
 - * Die Verwaltung wird beauftragt, dem Fachausschuss bzw. dem zukünftigen Aufsichtsgremium laufend über die Umsetzung der Maßnahmen zu berichten.
- #### Sitzungsvorlage Nr. 70/07 – Vorbereitende Maßnahmen für die zeitnahe Errichtung einer Geriatrie

- * Die Stellungnahme des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren des Landes Schleswig-Holstein vom 05.10.2007 wird zur Kenntnis genommen.
- * Die Verwaltung wird beauftragt, das Projekt Gerontologie(Gerontopsychiatrie / Internistische Versorgung) gezielt weiter zu verfolgen.
- * Erstellung eines formellen Antrages auf Aufnahme in den Krankenhausplan des Landes Schleswig-Holstein des Landes Schleswig-Holstein für eine Akutabteilung Geriatrie zur Beratung in der Sitzung der Beteiligtenrunde im Mai des Jahres 2008.

Sitzungsvorlage Nr. 71/07 Untersuchungen zur Gynäkologischen/ Geburtshilflichen Abteilung

- * Die gutachterlichen Aussagen der Untersuchungen zur gynäkologischen/geburtshilflichen Abteilung bei der Klinik Preetz werden zustimmend zur Kenntnis genommen.
- * Die Deckungsbeitragsrechnung ist in der von der Firma BDO bestätigten Form halbjährlich neu zu erstellen. Die Ergebnisse sind dem Fachausschuss bzw. dem zuständigen Aufsichtsgremium vorzulegen.

Sitzungsvorlage Nr. 54/07 – Vergleich Ärztehaus und Medizinisches Versorgungszentrum



- * Ziffer 1 des Beschlussvorschlages wird gestrichen.
- * Die Planung eines Ärztehauses wird weiter fortgesetzt. Die Entscheidung wird erst getroffen, wenn Vorverträge mit den Nutzern vorliegen.
- * Die Schaffung zusätzlicher Parkplätze besitzt auch für die Zukunft höchste Priorität.
- * Eine Parkplatzbewirtschaftung ist für die Besucher der Klinik und die Nutzer des Ärztehauses einzuführen.

Sitzungsvorlage Nr. 59/07 – Investitionen in Gebäude und Ausstattung der nächsten 5 Jahre

- * Die von der Verwaltung erarbeitete Aufstellung der erforderlichen Investitionen in Gebäude und Ausstattungen der Jahre 2008 bis 2012 wird zur Kenntnis genommen.
- * Die Investitionsplanung ist laufend fortzuführen und in den zukünftigen Wirtschaftsplänen zu berücksichtigen.

Der Kreistag schlägt folgende Personen als Mitglieder für den Aufsichtsrat vor:

Klaus-Detlef Benecke
Dr. Volkram Gebel
Claus Heller
Helga Jessen
Werner Kalinka
Norbert Maroses
Ulrike Michaelsen
Alexander Schreiber

15. Gemeinsame Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Kreise Plön und Rendsburg-Eckernförde sowie der Landeshauptstadt Kiel und der Stadt Neumünster

Der Kreistag fasst in nichtöffentlicher Sitzung folgenden **Beschluss**:

Der Kreis Plön schlägt der Landeshauptstadt Kiel als ersten Schritt zur Bildung einer gemeinsamen Wirtschaftsförderung die Übernahme der Geschäftsstellentätigkeit für das Zukunftsprogramm Wirtschaft ab dem 1.1.2008 durch ihre Wirtschaftsförderungsgesellschaft KiWi vor. Es könnte aber auch eine neue Gesellschaft gegründet werden.

Im zweiten Schritt kann dann ein gemeinsames Standortmarketing entwickelt und in die Organisation integriert werden, sowie über weitere gemeinsame Aufgabenstellungen verhandelt werden.

16. Verkauf eines Grundstücks

Der Kreistag fasst in nichtöffentlicher Sitzung folgenden **Beschluss**:

Der Kreis Plön verkauft im rückwärtigen Bereich des Schulgrundstücks Kührener Str. 83 eine an den Birkenweg grenzende, nicht mehr benötigte Teilfläche von ca. 4.426 qm an die Firma



Armin Stoltenberg Grundstückerschließungsgesellschaft mbH. Die genaue Grundstücksgröße ergibt die katasteramtliche Vermessung, die durch den Kreis Plön erfolgt. Die Verpflichtungen von Käufer und Verkäufer ergeben sich aus dem in der Vorlage dargestellten Ergebnis der von der Verwaltung geführten Verhandlungen. Der Kaufpreis beträgt im Rahmen des bestehenden Baurechts inklusive Abriss der Landwirtschaftsschule 106.000 €. Erfolgt die geplante Bebauung mit 6 Gebäuden wird ein Mehrpreis von 28.000 € nach Erreichung des Standes gemäß § 33 Baugesetzbuch des durch die Stadt Preetz aufzustellenden vorhabenbezogenen B-Planes gezahlt. Der Kaufpreis inklusive Abriss der Landwirtschaftsschule beträgt dann 134.000 €.

17. Erweiterung des Sitzungsdienstprogramms um ein Abgeordneteninformationssystem

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden **Beschluss**:

Der Kreistag stimmt der Erweiterung des Sitzungsdienstprogramms „SESSION“ um ein Abgeordneteninformationssystem zum 01. Januar 2008 zu.

**Stimmenverhältnis: 42 ja-Stimmen
5 nein-Stimmen**

18. Altholzentsorgung

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden **Beschluss**:

Bis zum Ablauf des Vertrages über die Entsorgung von Abfällen zur Beseitigung aus dem Kreis Plön am 31.12.2020 werden folgende Regelungen über eine gesonderte Vereinbarung getroffen:

1. Für den Kreis Plön entfällt die Verpflichtung, separat erfasste Altholzmengen bei der MBA in Neumünster anzuliefern.
2. Der Kreis Plön verzichtet im Gegenzug gegenüber der MBA auf den vertraglichen Rückvergütungsanspruch gemäß § 5 der Optionsvereinbarung in der Fassung des § 2 des Überleitungsvertrages zwischen der AWR und der MBA.
3. Die Vorteile aus den unter 4.1 und 4.2 erzielten Regelungen dürfen vom Kreis Plön und von der MBA grundsätzlich vereinnahmt werden, ohne dass darüber jeweils gegenüber dem Vertragspartner ein gesonderter Nachweis zu führen ist.
4. Die Rückvergütungsregelung auf der Basis des Steinkohleindex (§ 4 Abs. 5 der Optionsvereinbarung in der Fassung des § 2 des Überleitungsvertrages zwischen der AWR und der MBA) bleibt erhalten.

Stimmenverhältnis: einstimmig



19. Antrag der SPD-Fraktion: **Bekämpfung der Kinderarmut im Kreis Plön**

KTA Hohnheit bringt den Antrag der SPD-Fraktion in den Kreistag ein. Sie führt aus, dass ein erster wichtiger Schritt schon erfolgt ist, weil über den Kreis der Experten hinaus das Problem Kinderarmut in unser aller Bewusstsein gerückt ist. Es kann keinem Recht sein, wenn Kinder aus Familien mit niedrigen Einkommen oder SGB II-Bezug immer mehr aus dem gesellschaftlichen Zusammenhalt ausgegrenzt werden. Es kann sich nicht geleistet werden, große Teile der künftigen Generationen aus dem Generationsvertrag zu entlassen. Für den wirtschaftlichen Wohlstand werden leistungsbereite, engagierte und gut ausgebildete Arbeitskräfte benötigt. Es werden zudem junge Menschen mit sozialer Einbindung in Familienstrukturen und mit Einbindung in kommunale Gemeinschaften gebraucht. Deshalb muss die Bekämpfung der Kinderarmut im Vordergrund stehen. Die Benachteiligungen von Kindern und Jugendlichen aus sozial schwachen Familien sind so früh wie möglich aufzufangen. Dafür ist ebenso eine Anpassung der Sozialgesetzgebung auf Bundesebene erforderlich als auch strukturelle und sachliche Unterstützung der Familien vor Ort. Seit Einführung der Hartz IV-Gesetze hat sich die Kinderarmut verdoppelt. Den Familien mit geringem Einkommen fehlt oft der finanzielle Spielraum dafür, ihre Kinder so zu fördern, wie es sein sollte. Dies führt zu gravierenden Benachteiligungen der Kinder bei Bildung, höheren Gesundheitsrisiken und zu sozialen Ausgrenzungen. Der pauschale Regelsatz von 208,00 € für Kinder bis zu 14 Jahren ist knapp bemessen und berücksichtigt nicht ausreichend die spezifischen Bedürfnisse von Kindern. Mit den pauschalierten Regelsätzen sind zudem nicht alle Familien klar gekommen. Immer öfter wird von Lehrern, Schulleitern usw. angefragt, ob Kosten für Mittagessen, Schulbücher und dergleichen mehr für Schulkinder übernommen werden können. Weil es sich um keine Einzelfälle handelt, sondern die Zahlen steigend sind, ist für weitere Überlegungen ein aktueller Bericht über die Situation der Kinder aus sozialschwachen Familien zu erhalten. Darin einfließen sollten Erfahrungen und Ergebnisse aus anderen Kreisen sowie von den Einrichtungen hier vor Ort. Erst wenn diese Unterlagen vorliegen, kann über weitere Maßnahmen entschieden werden. Als ersten Schritt beantragt ihre Fraktion, eine Haushaltsstelle mit 15.000,00 € einzurichten. Bei allen Überlegungen sollte man sich von der Erkenntnis leiten lassen, dass gezielte Hilfen eine frühe Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen verhindern können.

KTA Jessen teilt die grundsätzliche Zustimmung ihrer Fraktion zum Antrag der SPD-Fraktion mit. Es sollten jedoch 20.000,00 € in Ansatz gebracht werden. Sie trägt anschließend einen Katalog von Punkten vor, die in die Prüfung einbezogen werden sollen (s. Zusammenstellung bei der Abstimmung über den CDU-Antrag). Zu den unter Ziffer 3 aufgeführten zwei weiteren Familienhebammen führt sie aus, dass es zurzeit zwar schon zwei Familienhebammen im Kreis gibt, diese jedoch nicht ausreichend für den gesamten Kreis Plön sind. Die Familienhebammen werden als „Türöffner“ gerade für Familien mit kleinen Kindern benötigt. Weiter wird die verbindliche Elternschule für Eltern mit geringer Erziehungskompetenz für erforderlich gehalten. Dort, wo es erforderlich ist, sollten an Grund- und Hauptschulen Sozialpädagogen bezahlt von der Arge eingestellt werden. Nach Aussagen der betroffenen Schulleiter ist eine solche Betreuung Ziel führend. Als weiterer Vorschlag wird der Erlass der Müllgebühren für die Tafeln im Kreis Plön unterbreitet.

Für KTA Dr. Thies kann das Thema „Kinderarmut“ heute nicht abschließend beraten werden. Bei der Diskussion sollte auf jeden Fall vermieden werden, dass die Bedürftigen und Nichtbedürftigen sichtbar gemacht werden. Er ist zudem der Auffassung, dass das Problem



nicht durch viele einzelne Maßnahmen zu lösen ist, sondern es müsste eine deutliche Erhöhung des Kindergeldes vorgenommen werden. Es stellt sich ihm die Frage, ob in dem Betrag von 208,00 € pro Kind bis 14 Jahre das Kindergeld enthalten ist. Nach seinem Kenntnisstand wird in der Diskussion immer wieder der Betrag von 500,00 € für die Versorgung von Kindern genannt. Deshalb sollten sich alle dafür einsetzen, dass eine solche Regelung eingeführt wird. In dem Fall würde sich manches Problem erübrigen.

KTA Biemann bedankt sich bei der KTA Jessen für die Unterstützung. Es ist an der Zeit, dieses Thema ernsthaft anzugehen. Vordergründig ist es natürlich schon ein bundespolitisches Thema, aber es ist schnelle Hilfe erforderlich. Über Inhalte und Details muss sicherlich noch diskutiert werden, jetzt gilt es jedoch deutlich zu machen, dass es Kinderarmut auch im Kreis Plön gibt und Wege zu finden, Defizite abzubauen.

KTA Dreßler stellt fest, dass es bei diesem Thema einen Kreislauf gibt. Dieser beginnt bei der Kinderarmut, setzt sich fort über Bildungsarmut, Erwerbsarmut und endet in der Altersarmut. Dieser Kreislauf muss durchbrochen werden. Dies wird nur dann geschafft, wenn man bei der ersten Stufe – also der Kinderarmut – anfängt. In einer kürzlich vorgelegten Kinderstudie ist festgestellt worden, dass die soziale Herkunft die Biografie bestimmt. Dagegen gilt es anzusteuern. Vielen Eltern fehlt es an sozialer Kompetenz, um z. B. auf den Gedanken zu kommen, ihr Kind in den Kindergarten etc. zu schicken. Dort ist Hilfe anzusetzen. So fehlen Ganztagsangebote in Kinderhorten und Schulen. Auch ist es schwierig, an die Kinder heran zu kommen. Ein weiteres Problem ist die Schnittstelle zwischen Verwaltung und Ehrenamt. Das Ehrenamt kann jedenfalls kein Ersatz für das Verwaltungshandeln sein oder gar für finanzielle Defizite aufkommen. Ferner kann das Ehrenamt nur Notsituationen überwinden wie z. B. die 'Tafeln, aber strukturelle Veränderungen kann es nicht vornehmen. Er fordert die kostenlose Schulspeisung im Zusammenhang mit Ganztagsangeboten, die verpflichtend sein müssten. Die kostenlose Ausgabe eines Mittagessens ist erforderlich, weil Eltern sonst ihre Kinder nicht daran teilnehmen lassen, wenn sie Geld dafür bezahlen müssen. Das Bündnis für Familie darf für ihn nicht zum runden Tisch werden, sondern dort muss erheblich gearbeitet werden, um zu brauchbaren Ergebnissen – insbesondere für die Selbstverwaltung – zu kommen.

KTA Plambeck möchte den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion noch ergänzen. Der größte Unterschied zwischen armen und nichtarmen Kindern ist im materiellen Bereich festzustellen, erst danach im schulischen und kulturellen Bereich. Besonders betroffen sind Kinder mit Migrationshintergrund. Kinder aus sozialschwachen Familien haben deutlich schlechtere Noten als andere Kinder und sind häufig Klassenwiederholer. Die Stärkung der Familien mit Migrationshintergrund sollte gefördert werden und soziale Integration vorangebracht werden. Auch sollte eine Sprachförderung schon in den Kitas begonnen werden.

KTA Leyk hält den Antrag der SPD-Fraktion zwar im Ansatz für richtig, sieht jedoch einige grundsätzliche Probleme und Fragen, die zu klären sind. Deshalb schlägt er vor, den Antrag in den Sozialausschuss zur Beratung zu überweisen. Der Betrag von 20.000,00 € sollte dennoch im Haushalt veranschlagt, aber mit Sperrvermerk versehen werden.

KTA Hohnheit wiederholt ihre Forderung, dass der Kreistag heute ein Signal aussenden muss. Die geforderten Zahlen sind erforderlich, damit strukturiert gearbeitet werden kann. Selbstverständlich ist ihre Fraktion damit einverstanden, wenn weitergehende Überlegungen und Maßnahmen dann im Sozialausschuss beraten werden. Dennoch muss der Kreistag heute den Beschluss fassen, um Zahlenmaterial an die Hand zu bekommen, keineswegs kann heute schon abschließend über das Thema gesprochen werden.



KTA Bredereck-Mallas begrüßt die Initiative der SPD-Fraktion und unterstützt sie. Durch die SGB II-Gesetzgebung ist die Kinderarmut erst deutlich sichtbar geworden. Auch sie hält den Auftrag an die Verwaltung für richtig, statistische Grundlagen zu erfassen. Erst wenn die Unterlagen vorliegen, können weitere Überlegungen angestellt werden. Kinderarmut ist nicht nur finanzielle Armut, sondern bedeutet viel mehr. Sie verweist auf die Bildungsarmut, die dazu führt, dass diese auf die nächste Generation übertragen wird. Deshalb ist es wichtig, an diesem Punkt anzusetzen und die Frage zu prüfen, welche Hilfen gegeben werden können. Auf den von der CDU-Fraktion geforderten 20.000,00 € kann zunächst aufgebaut werden, aber es muss schnell zu einem schlüssigen Konzept gekommen werden.

Über den nachstehend aufgeführten Antrag der CDU-Fraktion wird wie folgt **abgestimmt**:

Die CDU-Kreistagsfraktion schlägt vor, 20.000 € in den Haushalt 2008 einzustellen.

Die CDU-Kreistagsfraktion empfiehlt, folgende Punkte in die Prüfung einzubeziehen:

1. Gutscheine für Schulmaterial
Gutscheine für Schuhe und Stiefel
Schulfrühstück
Schulesen
für Kinder der ALG II Empfänger
2. Babyklappe an der Klinik Preetz (Ärztehaus)
Modell Sternipark Satrupholm
3. 2 weitere Familienhebammen für den Kreis Plön
4. Elternschule (verbindlich) für Eltern mit geringer Erziehungskompetenz
5. Einstellung von 2 Sozialpädagogen für Grund- und Hauptschulen – von der Arge bezahlt –
6. Erlass der Müllgebühren für die Tafeln im Kreis Plön

Stimmenverhältnis: einstimmig

KTA Leyk beantragt, den Antrag der SPD-Fraktion zur weiteren Beratung in den Sozialausschuss zu verweisen. Darüber wird wie folgt abgestimmt:

Stimmenverhältnis: 16 ja-Stimmen, 25 nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Über den Antrag der SPD-Fraktion

„Der Kreistag fordert die Verwaltung auf:

1. einen aktuellen Bericht zur Anzahl der Kinder und Jugendlichen im Kreis Plön aus einkommensschwachen Familien zu erstellen und diese Zahlen zukünftig jährlich dem Kreistag vorzulegen. Dabei ist die Entwicklung der Zahlen der letzten drei Jahre z. B.- bei der Sozialstaffel der Kindergartengebühren



- bei den Hartz IV – Empfängern
- bei sonstigen Sozialstaffeln u. ä.
zu dokumentieren.

2. die Erfahrungen aus anderen Kreisen und Städten und der bereits vorhandenen Initiativen im Kreis, wie z. B. des Kinderförderfonds der AWO, des Kleine-Anna-Kreises, des Jugendhilfevereins, der Nachmittagsangebote wie Frisbi, Nessi oder Pro-Integra, der Tafeln usw. auszuwerten und daraus einen Handlungskatalog für den Kreis Plön abzuleiten und den möglichen Finanzierungsbedarf darzustellen.

3. zu prüfen, in welchen Bereichen es hilfreich ist, über Sachleistungen wie z. B Schulbücher, Unterrichtsutensilien usw. oder einen Zuschuss zum Mittagessen, einen Ausgleich zu schaffen.

4. aufzuzeigen, auf welche Leistungen Kinder und Jugendliche aus sozialschwachen Familien aufgrund der bestehenden Rechtslage bereits Anspruch haben und welche Einmalleistungen im Sonderbedarfsfall möglich sind.

5. bei allen sozialen, kulturellen, bildungs- und familienbezogenen Angeboten des Kreises die Benutzung durch einkommensschwache Familien zu prüfen und ggf. zu ermöglichen.

Ferner beschließt der Kreistag: Der Kreis Plön setzt sich mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln auf Bundes- und Landesebene für eine Überarbeitung der Bemessungsgrundlage des Sozialgeldes und die Erweiterung der Möglichkeiten einmaliger Hilfen und Sachleistungen für den kind- und jugendgerechten Förderbedarf ein.“

wird wie folgt abgestimmt:

Stimmenverhältnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

20. Grundsatzentscheidung zur weiteren Trägerschaft der allgemein bildenden Kreisschulen

Dieser Tagesordnungspunkt ist aufgrund der geänderten Beratungsfolge nicht mehr beraten worden.

21. Haushaltsplan der Susanne und Dr. Klaus Reger Stiftung

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden **Beschluss**:

Der Kreistag beschließt gemäß § 9 Absatz 2 a der Stiftungssatzung den Haushaltsplan für das Geschäftsjahr 2008 der Susanne und Dr. Klaus Reger Stiftung.

Stimmenverhältnis: einstimmig



22. Schülerbeförderung

KTa Biemann verweist darauf, dass die Fakten zum Thema Schülerbeförderung hinlänglich bekannt sein dürften. Aufgrund der Änderung des Schulgesetzes sind die Kreise verpflichtet worden, die Eltern an den Schülerbeförderungskosten zu beteiligen. Nunmehr wird das Land die entsprechende Verpflichtung für die Kreise wieder aus dem Schulgesetz entfernen. Der Kreistag hat von Anfang an eine klare Linie vertreten. Die Eltern im ländlichen Bereich sollten nicht stärker als andere belastet werden, weshalb auch eine Sozialstaffel eingeführt worden ist. Trotzdem sind die anteiligen Schülerbeförderungskosten bei vielen Bürgern erheblich zu Buche geschlagen. Man hätte auch im Kreis Plön so eine Staffel zugrunde legen können, dass niemand hätte bezahlen müssen. Seine Fraktion beantragt mit ihrem vorgelegten Antrag deshalb, die durch Beschlussfassung vom 31.05.2007 geänderte Schülerbeförderungssatzung wieder aufzuheben und die Satzung des Kreises Plön über die Anerkennung der notwendigen Kosten für die Schülerbeförderung vom 21.08.2002 wieder in Kraft zu setzen. Über die Rückzahlung der bereits erhobenen Elternanteile muss noch gesprochen werden, jedoch sollte die Einnahmeposition für das Haushaltsjahr 2008 auf 0 gesetzt werden.

KTa Dr. Thies merkt an, dass die Thematik hier bereits von Herrn Biemann angesprochen worden ist, aber seine Akzente sehen etwas anders aus. Er führt aus, dass Kommunalpolitik sich einfügt in die Rahmenbedingungen, die vom Land und vom Bund vorgegeben sind. Dies gilt auch für die Schülerbeförderungskosten sowie für die Elternbeteiligung. Vor dem Hintergrund, dass der Landtag eine Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten zwingend im Schulgesetz vorgesehen hat, ist für ihn klar, dass dies auch umzusetzen ist. Schließlich sollten mit den Einnahmen aus den anteiligen Schülerbeförderungskosten die vom Land aus dem Finanzausgleich gestrichenen Mittel wieder in die Haushalte der Kreise fließen. Wenn sich aber der Gesetzgeber nicht mehr an seine Beschlüsse zur Schülerbeförderung hält, dann kann dies auch nicht vom Kreis verlangt werden. Deshalb hat seine Fraktion den Antrag vorgelegt, sich gegen die Elternbeteiligung an der Schülerbeförderung auszusprechen. Der Antrag seiner Fraktion beinhaltet auch die Aufforderung an das Land, dem Kreis Plön dafür 330.000 € im Rahmen des Finanzausgleichs zuzuweisen.

KTa Hilker führt für die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen aus, dass die Änderung des Schulgesetzes zu einer Posse ausgeartet ist. Wenn es auch eine Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten nicht mehr geben soll, ist doch bisher noch keine Gesetzesänderung vorgenommen worden. Eltern, die in Kreisen wohnen, die sich rechtskonform verhalten haben, werden zur Kasse gebeten. Alle anderen, die das Landesrecht gebrochen haben, sind dagegen im Vorteil. Da stellt sich ihm die Frage, ob Eltern auf Gleichbehandlung klagen können. Und für den Kreis Plön bleibt die Frage, ob das Gesetz tatsächlich geändert und ob das Land den finanziellen Ausgleich zahlen wird. Auf jeden Fall haben Eltern von schulpflichtigen Kindern bisher die Zeche zahlen müssen, weil man gerade im ländlichen Bereich auf Schulbusse angewiesen ist. Andere Kreise und Fraktionen sind auf jeden Fall mutiger gewesen als der Kreis Plön. Auch haben einige wohlhabende Gemeinden die Kostenbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten für ihre Bürger übernommen. Dadurch ist natürlich soziale Ungerechtigkeit entstanden. Deshalb ist es jetzt höchste Zeit, die Angelegenheit zu bereinigen und die Elternbeteiligung wieder abzuschaffen. Vom Land Schleswig-Holstein erwartet er, dass es für die Einnahmeausfälle eine angemessene Kompensation bietet und dafür einen Vorschlag entwickelt.

KTa Thomas Hansen ruft dem Kreistag in Erinnerung, dass seine Fraktion zu keiner Zeit initiativ geworden ist, im Kreis Plön eine Elternbeteiligung an den Kosten der



Schülerbeförderung einzuführen, wie dies andere Kreistage getan haben. Die CDU-Fraktion hat sich jederzeit für die kostenlose Schülerbeförderung eingesetzt. Bei den Beratungen zur Satzungsänderung im Mai dieses Jahres hat sich die CDU vehement für eine Sozialstaffel eingesetzt, die ja dann auch in die Satzung aufgenommen worden ist, um Härten zu vermeiden. Er erinnert ferner daran, dass es die Landrätekonzferenz und der Landkreistag gewesen sind, die als Kompensation für den Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich die Festschreibung der Elternbeteiligung im Schulgesetz gefordert haben. An Recht und Gesetz hat man sich aber zu halten. Er kann deshalb den zivilen Ungehorsam der Kreise Dithmarschen und Nordfriesland nicht verstehen. Der Stein ist von den beiden Kreisen ins Rollen gekommen und es konnte sich einem in Schleswig-Holstein der Eindruck aufdrängen, dass dort ein besonderes Küstenrecht besteht. Der Widerstand in der Bevölkerung gegen die Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten ist allerdings schon sehr erheblich. Die CDU-Fraktion wird dem Antrag der SPD zustimmen, bittet aber darum, noch den Satz anzufügen, dass das Land einen finanziellen Ausgleich auf andere Weise sicherzustellen hat.

KTA Bettina Hansen merkt an, dass sich die FWG-Fraktion von Anfang an gegen eine Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten ausgesprochen hat. Maßnahmen zur Familienfreundlichkeit sind nicht nur im Kreis Plön gefragt. Sie bestätigt die Aussagen des KTA Thomas Hansen, dass es ein großes Durcheinander in dieser Sache gibt. Für die FWG-Fraktion wird sie heute natürlich für die Aufhebung der geltenden Schülerbeförderungssatzung stimmen. Trotzdem stellt sich ihr die Frage, wie groß die Wahrscheinlichkeit ist, dass das Land die Kosten erstatten wird.

KTA Sönnichsen erklärt für seine Person, dass er nicht in allen Einzelheiten mit der CDU-Fraktion stimmen kann. Er bestätigt, dass natürlich ein großes Durcheinander besteht, aber die Äußerungen, die hier von vonseiten der SPD gemacht worden sind, kann er nicht nachvollziehen. Schließlich hat die SPD auf Landesebene dem Gesetz zugestimmt. Allerdings hat er aber auch für seine eigene Fraktion kein Verständnis, die ein bestehendes Gesetz ändern will, nur weil zwei Kreise sich nicht daran halten wollen. Ob es einem gefällt oder nicht – das Gesetz gilt. Die Absicht ist es, das Gesetz zum Schuljahresbeginn 2008/2009 zu ändern. Deshalb können nicht schon jetzt in der Hoffnung auf eine Kompensation die Beträge in dem Haushalt 2008 gestrichen werden. Dies könnte dazu führen, dass das Land darauf verweist, dass die Mittel ohnehin nicht eingeplant waren. Die Kreise Dithmarschen und Nordfriesland dürften seiner Auffassung nach auch nicht an einem Ausgleich beteiligt werden. Schließlich wollten sie von Anfang an auf entsprechende Mittel von den Eltern verzichten. Den Satz „Der Kreis Plön fordert einen Ausgleich in Höhe von 330.000€ vom Land.“ im Antrag der UWG-Fraktion könnte er unterstützen. Alles andere könnte gestrichen werden.

1. stellv. Landrat Ohl stellt fest, dass der Plöner Kreistag mit Fug und Recht behaupten kann, nach geltendem Gesetz gehandelt zu haben. Er verweist noch einmal auf die zwingende Vorschrift des § 114 Schulgesetz, in dem ausgeführt wird, dass die Satzung eine Elternbeteiligung in Höhe von 30 Prozent vorzusehen **hat**. Er geht davon aus, dass jeder den Rechtsstaat bejaht. Deshalb ist der Kreistag von Nordfriesland wirklich nicht zu loben. Dies trifft auch auf dessen Landrat zu, der dem Beschluss hätte widersprechen müssen. Wenn es jetzt zur Abstimmung kommt, muss sich jeder Kreistagsabgeordnete fragen, ob er es mittragen kann. Schließlich sind sie auf die ordnungsgemäße Wahrnehmung ihrer Obliegenheiten verpflichtet worden. Die stellvertretenden Landräte haben als Ehrenbeamte jedoch geschworen, Verfassung und Gesetze zu beachten. Deshalb hat er bei einer heutigen Beschlussfassung überhaupt keine andere Chance, als dagegen zu stimmen.



Für KTA Dreßler heißt es heute, Druck zu machen, damit die Koalitionspartner eine Entscheidung zu Gunsten der Eltern treffen.

KTA Hilker wiederholt seine Auffassung, dass Mittel für eine solche Maßnahme durch eine konsequente Verwaltungsstruktur- und Gebietsreform erbracht werden könnten. Für ihn besteht dort ein enormes Einsparpotential.

Kreispräsident Kalinka weist die Kreistagsabgeordneten abschließend nochmals darauf hin, dass es in der Tat ein noch bestehendes Landesgesetz gibt und eine Beschlussfassung deshalb rechtswidrig wäre. Dies würde ggf. zu einem Widerspruch des Landrats führen.

KTA Sönnichsen teilt mit, dass er dem unter Ziffer 2 aufgeführten Beschlussvorschlag auf gar keinen Fall zustimmen kann, weil er gegen ein geltendes Gesetz verstößt. Aus den vorliegenden Anträgen hat er auch nicht heraus gelesen, dass eine Rückerstattung vorgenommen werden soll.

Kreispräsident Kalinka erklärt, dass es keine Interpretation seinerseits, sondern dies Teil eines vorliegenden Antrages ist.

KTA Dr. Thies merkt an, dass er die Auffassung des KTA Sönnichsen im Prinzip teilt. Wenn jedoch die Landesregierung das Gesetz ändern will und dieses auch überall erklärt, dann muss auch der Kreistag des Kreises Plön einen entsprechenden Beschluss fassen.

Der Kreistag fasst folgenden **Beschluss**:

Aus dem Antrag der UWG-Fraktion vom 26.11.2007 folgende Absätze in geänderter Form:

1. Vor dem Hintergrund der politischen Diskussionen in den die Landesregierung stützenden Parteien um die Elternbeteiligung spricht sich der Kreistag des Kreises Plön gegen eine Beteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten aus.

Stimmenverhältnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

2. Für den Haushalt des Kreises Plön beschließt der Kreistag des Kreises Plön, die in der Haushaltsstelle 290.172 eingeplanten Einnahmen in Höhe von 327.900 € auf 0 zu setzen.

Stimmenverhältnis: 23 ja-Stimmen, 16 nein-Stimmen, 5 Enthaltungen

3. Gleichzeitig wird die Landesregierung Schleswig-Holstein aufgefordert im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches dem Kreis Plön 330.000 € zuzuweisen.

Der Landrat wird beauftragt, entsprechende Gespräche und Verhandlungen mit der Landesregierung zu führen und der Selbstverwaltung zu berichten.

Stimmenverhältnis: 45 ja-Stimmen, 1 nein-Stimme, 2 Enthaltungen

Antrag der SPD-Fraktion vom 27.11.2007 in voller Länge.

4. Der Kreistag beschließt, die aufgrund des § 4 der Kreisordnung in der Fassung vom 28.02.2003, zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.12.2006 sowie des § 114 Abs. 2 des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes (SchulG) vom 21.01.2007 durch Beschlussfassung



des Kreistages vom 31.05.2007 erlassene Satzung des Kreises Plön über die Anerkennung der notwendigen Kosten für die Schülerbeförderung (Schülerbeförderungssatzung) wird aufgehoben.

Gleichzeitig wird die zum 01.08.2007 außer Kraft gesetzte Fassung der Satzung des Kreises Plön über die Anerkennung der notwendigen Kosten für die Schülerbeförderung vom 21.08.2002 wieder in Kraft gesetzt.

Stimmenverhältnis: 38 ja-Stimmen, 9 nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Aus dem Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen die Ziffer 5.

5. Die in 2007 von den Eltern eingenommenen Schülerbeförderungskosten (in Höhe von ca. 327.000 €) werden an diese zurückerstattet.

Stimmenverhältnis: 22 ja-Stimmen, 19 nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

23. Antrag der Gemeinde Bönebüttel auf Ausamtung aus dem Amt Bokhorst; hier: Rechtsmittel verzicht

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden **Beschluss**:

Einem Rechtsmittelverzicht wird nicht zugestimmt.

**Stimmenverhältnis: 29 ja-Stimmen
16 nein-Stimmen**

24. Antrag der UWG-Fraktion: Antrag zum geplanten Ausbau des Gemeinschaftskraftwerks Kiel

Dieser Tagesordnungspunkt ist aufgrund der geänderten Beratungsfolge nicht mehr beraten worden.

25. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen den Kreisen Ostholstein und Plön zur Bekämpfung der Schwarzarbeit durch eine „Gemeinsame Ermittlungsgruppe zur Bekämpfung der Schwarzarbeit“; hier: Beteiligung der Stadt Neumünster

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden **Beschluss**:

Dem Beitritt der Stadt Neumünster in die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Kreis Ostholstein und dem Kreis Plön wird auf der Grundlage der vorgelegten Vertragsänderung zugestimmt.

Stimmenverhältnis: einstimmig



26. Mitteilungen und Anfragen

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Kreispräsident Kalinka schließt die Sitzung des Kreistages um 22.45 Uhr.

gez. Werner Kalinka
Kreispräsident

gez. Möller
Protokollführerin